



Shenzhen, das goldene Kuckucksei



„Städte sind Ausdruck einer der größten Hoffnungen der Menschheit: Dass ein positives Zusammenleben für alle möglich ist.“ (Prof. Charles Husband)

Im Zeitalter der Globalisierung gilt mehr denn je, dass eine Gesellschaft nur dann zukunftsfähig sein wird, wenn sie die Menschenrechte respektiert. Diese Rechte müssen dabei in einem umfassenden Sinne verstanden werden. Die bürgerlich-politischen und die wirtschaftlich-sozialen Rechte sind untrennbar miteinander verbunden. Sie bedingen und verstärken sich gegenseitig. Zu einem Leben in Würde gehört beides, das Recht auf politische Teilhabe ebenso wie das Recht auf Bildung und soziale Sicherheit. Deshalb wird sich eine Gesellschaft nur dann friedlich und erfolgreich entwickeln, wenn sie diesem Zusammenhang Rechnung trägt und alle Anstrengungen unternimmt, um jedem Einzelnen beide Rechte zu gewähren.

Aus dem Vorwort zum offiziellen Bericht über die 4. Europäische Konferenz Städte für die Menschenrechte, Nürnberg, 09. - 10.12.2004

Das Arbeiter- und Investorenparadies

Schenkt man der offiziellen Darstellung Glauben - wohlgemerkt nicht auf den Internetseiten der regionalen Organisation der KP Chinas, sondern den Portraits der Nürnberger Partnerstädte auf einem freiheitlich-demokratischen, mit Steuergeldern finanzierten Server -, so steht in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen Professor Husbands Vision kurz vor ihrem Durchbruch:

„Hier floriert die Marktwirtschaft unter staatlicher Kontrolle, hier zeigt sich das reiche China. [...] Für Entspannung ist auch gesorgt: Mit der Anlage von Feriendörfern im Umland von Shenzhen hat die Wirtschaftswunderregion auch im Fremdenverkehr gute Karten. [...] Überall ist spürbar, daß Shenzhen sich als ‚grüne Stadt‘ präsentieren will: Gepflegte Grünanlagen ziehen sich entlang der ‚Highways‘, Parks und Golfplätze haben bei der Stadtplanung hohen Stellenwert. Freizeitparks mit folkloristischen Attraktionen, Safari-Park und Botanischer Garten bieten der [...] Bürgerschaft Abwechslung und Entspannung vom Arbeitsalltag.“

Ähnliches konnte man bis vor zwanzig Jahren in der „Prawda“ oder dem „Neuen Deutschland“ über die dortigen Arbeiter- und Bauernparadiese lesen - jedoch nicht wie hier inhaltlich verantwortet vom Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg. Dieser gibt seinen Namen, schlimmer noch den des von ihm repräsentierten Gemeinwesens für solch haarsträubende Propaganda und gezieltes Verschweigen unangenehmer Wahrheiten her. Die Funktionäre in China wird's freuen, denn selbst ihre staatlich kontrollierten Medien werden der Bevölkerung nicht weismachen können, dass in der „Sonderwirtschaftszone“ Shenzhen die arbeitenden Massen offensichtlich unter der unerträglichen Leichtigkeit des Seins leiden, indem sie nicht wissen, ob sie in der im Überfluss vorhandenen Freizeit ihre Reichtümer auf dem Golfplatz oder im Safari-Park verprassen sollen, alles unter den Bedingungen eines Luftkurortes, versteht sich.

Nur zu verständlich, dass man hierzulande zu so einem Wirklichkeit gewordenen Utopia Verbindung suchte, damit auch in Mittelfranken der Himmel auf Erden einkehre ... - Nein, leider war der wahre Grund für die 1997 von den Städten Nürnberg, Erlangen, Fürth und Schwabach sowie den Landkreisen Nürnberger Land, Erlangen-Höchstadt, Fürth und Roth und Südchina eingegangenen „Regionalpartnerschaft“ weniger idealistisch und die Internetseite macht auch keinen Hehl daraus: „Anschluß an den riesigen, sich rasch entwickelnden Markt in China zu finden, war die Triebfeder [...].“

Dieser „Anschluss“ besteht nun seit zehn Jahren, wobei zu fragen ist, wer sich hier mit wem wozu verbunden hat, die jeweiligen Lokalpolitiker, die Import-Export-Wirtschaft oder die Menschen. Jedenfalls fliegen Vertreter(innen) der beiden erstgenannten Gruppen aus Franken fröhlich und mit Steuergeldern subventioniert hin und her und bringen zusammen mit den Journalisten in ihrem Schlepptau Berichte aus dem Reich der Mitte zurück in die Heimat, die an Marco Polo erinnern. In noch nicht allzu lange zurückliegenden Tagen hätte so viel Lobhudelei für die Lebensbedingungen in einem kommunistischen (!) Einparteienstaat politi-

schen und gesellschaftlichen Selbstmord bedeutet. Doch die Zeiten ändern sich und eine China-Connection gehört heute in diesen Kreisen offenbar zu den chicen Accessoires.

Der wechselseitige „Anschluss“ der Bevölkerung gestaltet sich zwischen einer westlichen Demokratie und einem fernöstlichen Polizeistaat erwartungsgemäß etwas schwieriger - und wird auch nicht über Gebühr forciert, etwa durch die Einladung von Menschen, die sich in China für ihre Bürgerrechte engagieren. Wieder einmal hatte Brecht Unrecht: Nicht das Fressen, sondern der „Shareholder Value“ kommt vor der Moral.

Die Wahrheit sieht anders aus

Zur Erinnerung: China hält seit 1950 völkerrechtswidrig den Nachbarstaat Tibet besetzt. 1989 ließ die kommunistische Partei beim Tian'anmen-Massaker mindestens 3000 Menschen töten, um ihr Machtmonopol zu behaupten. Noch heute kann man dort für das ‚Verbrechen‘ in den Knast wandern, wenn man im Internet nach objektiven Informationen über die politische Lage sucht. Ebenso engen Grenzen unterliegt die Ausübung der Religion.

In umgekehrter Richtung ist es auch nicht ganz einfach, sich ein Bild von den wirklichen Zuständen in der „Wirtschaftswunderregion“ Shenzhen zu verschaffen: Wie gezeigt sollte man sich nicht auf die offiziellen Quellen verlassen (und die Frage nach ihrer Existenzberechtigung aus Rücksicht auf den eigenen Blutdruck verdrängen). Man muss recht mühsam im Web recherchieren und unter Umständen sogar ein paar Euro investieren. Fremdsprachenkenntnisse können dabei nicht schaden, da deutsche Medien beim Thema China dazu neigen, primär Go-East-Euphorie zu verbreiten - das Land ist mittlerweile zweitgrößter Exportkunde der Bundesrepublik.

Doch der Aufwand des Googlers und Blätterns lohnt sich, wenn am Ende eine objektive Reportage wie die von Howard W. French steht, welche die „International Herald Tribune“ bereits am 19.12.2006 (S. 2) unter dem Titel „Warnings for China in booming Shenzhen“ abdruckte. Weil dieser Bericht obige Aussagen endgültig wie einen Verdummungs-Cocktail aus Orwells „Doppeldenk“ und „Radio Eriwan“ erscheinen lässt, sei er hier in voller Länge übersetzt und zitiert:

Warnungen für China aus dem boomenden Shenzhen

Als Zhang Feifei ihre Stelle in dieser schnell wachsenden chinesischen Industriestadt verlor, machte sie sich keine großen Sorgen. Jobs gab es immer genügend in Shenzhens auf Hochtouren laufenden Wirtschaft.

Doch dann verlor Zhang, eine 20-jährige Arbeitsmigrantin, ihren Ausweis und war schockiert, als sie herausfand, dass keine Fabrik sie ohne Schmiergeld anstellen würde, was sie sich nicht leisten konnte. Ihre verzweifelte Suche nach einem Einkommen brachte sie schließ-

lich hierher, in einen schmutzigen Massagesalon, der aus zwei Räumen besteht und in einer überfüllten Gasse liegt, wo sie am Tag mit vier oder fünf Männern Sex hat.

„Ich hatte zunächst große Angst und schämte mich, weil ich nicht einmal wusste, wie man ein Kondom benutzt“, sagt die junge Frau mit leiser Stimme und gesenktem Blick. „Aber ich hatte keine andere Wahl. Man muss sich Schritt für Schritt daran gewöhnen.“

Wenige Städte haben schneller Reichtum erzeugt als Shenzhen, das ein verschlafenes Fischerdorf im Delta des Pearl River nahe Hongkong war, als es von Deng Xiaoping 1980 zur wirtschaftlichen Sonderzone erklärt wurde. Seitdem ist die Stadt jährlich im Durchschnitt um 28 Prozent gewachsen.

Shenzhen schuldet sein enormes Wachstum der simplen Formel aus billigen Grundstücken, von der Not getriebenen und deshalb willigen Arbeitskräften und laxen Umweltschutzbestimmungen, die Legionen von ausländischen Investoren angezogen hat, um hier exportorientierte Fertigungsbetriebe aufzubauen. In den letzten Jahren versuchten Städte von einem Ende des Landes zum anderen angestrengt Shenzhen nachzuahmen, oft mit recht beachtlichem Erfolg.

Heute allerdings wird der Preis von Shenzhens phänomenalem Erfolg, von Umweltgefahren bis zur sozialen Verwahrlosung, an allen Ecken sichtbar.

Für einige Menschen ist die Stadt kein Modell mehr, sondern eine abschreckende Warnung vor den Grenzen des Grundsatzes „Wachstum über alles“.

Weil die Grenzen des Modells Shenzhen immer offensichtlicher werden, versuchen sich andere Städte im Osten des Landes zunehmend davon zu unterscheiden, indem sie Wert auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen legen oder sich intensiver um die Umwelt kümmern.

„Einige Städte im Binnenland haben damit begonnen, Zuwanderer mit einer Sozialversicherung einschließlich Rente und anderen Absicherungen zu versorgen“, sagt Wang Chunguang, ein Experte für Arbeitsmigration an der chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Beijing. „In Chengdu in der Provinz Sichuan werden die Wohnsitzkontrollen gelockert und der Bildung von Migrantenkinder wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt.“

In Städten weiter im Westen, wo der Entwicklungswettbewerb später einsetzte, wird Shenzhen als Vorbild für nahezu kontraproduktiv gehalten: zu verschwenderisch, zu verschmutzt, zu abhängig von ausländischem Kapital und dem endlosen Zustrom von Arbeitskräften.

„Dieser Weg ist jetzt eine Sackgasse“, sagt Zhao Xiao, ein Wirtschaftswissenschaftler und früherer Berater des chinesischen Staatsrates. Nach einer Aufzählung der Probleme der Stadt fasst er zusammen: „Regierungen können sich auf die Schönheit von Investitionen verlassen, um hundert Arten von Hässlichkeit zu überdecken.“

Einige wie Zhang, die von Shenzhen durch die Aussicht auf monatliche 100 US-Dollar-Hungerlöhne angezogen wurden, geraten hier in eine Falle, buchstäblich zu arm, um wieder wegzugehen.

Wiederum andere kommen von weit her und sind dadurch schnell enttäuscht, wie wenig sie in der teuersten Stadt des chinesischen Kernlandes sparen können oder werden bald der schweren Arbeit unter oft ausbeuterischen Fabrikleitern überdrüssig und kehren heim.

Obwohl Shenzhen auf diese „Sweatshops“ aufgebaut ist, beschränken sich die Probleme des Modells Shenzhen nicht auf seine Fabriken.

Trotz der Abhängigkeit der Stadt von den Arbeitsmigranten, um die Fertigungsstätten am Laufen zu halten, entmutigen beschwerliche Regelungen zum Wohnsitz die Zuwanderer sich dauerhaft in der Stadt niederzulassen und behindern ihren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen von der Bildung bis zur Gesundheitsfürsorge.

„Die Regierung drückt sich vor ihrer Verantwortung für die Wanderarbeiter“, bringt es Jin Cheng, ein Mitglied des einflussreichen lokalen Bürgerforums „Interhoo“, auf den Punkt.

Die daraus resultierende Entwurzelung hat zu einer Kriminalität geführt, wie sie in China ihresgleichen sucht. Schießereien, Entführungen und Bandenkriege greifen um sich und die Zeichen sozialer Verwerfungen sind überall sichtbar.

Die Verbrechensraten schießen in den Himmel. Obwohl die Stadt keine statistischen Daten über die Kriminalität veröffentlicht, berichtete eine der renommiertesten Zeitungen Chinas, „The Southern Metropolitan News“, dass es in Bao’an, einem von sechs Distrikten Shenzhens, 2004 18.000 Raubüberfälle gab. Zum Vergleich: In Shanghai, einer Stadt mit ca. 18 Millionen Einwohnern, waren es laut einer Statistik der Stadtverwaltung in 2004 nur 2182 Raubüberfälle.

Nahe dem Eingangstor zu Foxconn, einer großen Elektromontagefabrik und einem der größten Arbeitgeber der Stadt, lagert an diesem Nachmittag ein halbes Dutzend früherer Arbeiter.

Gefragt, ob sie einen freien Tag haben, antwortet einer, ein 20-Jähriger, dass er entlassen wurde, als er durch den Kontakt mit Farbe Ausschlag an den Unterarmen bekam und um einen anderen Arbeitsplatz bat. Jetzt überleben er und seine Freunde nach seiner Aussage dadurch, dass sie „für Geld Leute zusammenschlagen“.

Neben solchen Schlägertrupps zählt die Prostitution, meist nur notdürftig versteckt hinter der Fassade von Massagesalons, doch zunehmend in aller Öffentlichkeit, zu den wichtigsten Industriezweigen der Stadt.

Arbeitsmigranten beschreiben den Stellenmarkt der Stadt als gnadenlos, angefüllt mit skrupellosen Jobvermittlern, betrügerischen Ausbildungskursen und einer Vielzahl von Bauernfängereien, die auf den hilflosesten Teil der Bevölkerung abzielen.

Yu Di, ein 19-Jähriger aus der Provinz Hubei mit einem Mittelschulabschluss, spricht ruhig und sieht dabei zutiefst entmutigt aus. Er arbeitet in einer verdreckten Uhrengehäuse-Fabrik beim Be- und Entladen von Lastwagen mit schweren Kisten, elf Stunden am Tag, sechs Tage die Woche. Sein Lohn, der keine Zusatzleistungen enthält, beträgt etwa 80 US-Dollar im Monat.

Weil dies nicht für seinen bescheidenen Bedarf an Essen und andere Ausgaben ausreicht, musste sich Yu Geld von seinen Eltern und anderen leihen, nur um zu überleben. Er würde sich gerne nach einer besseren Stelle umsehen, aber Fahrpreise und Eintrittsgelder für die Jobbörsen, die in Shenzhen stattfinden, übersteigen seine Möglichkeiten.

Während eines Interviews in einem düsteren und schmutzigen Schlafsaal antwortet er auf die Frage nach seiner persönlichen Situation: „Sehen sie sich einfach meine Umgebung an.“ Dann, mit einer grimmigen Geste in Richtung des engen, mit zwölf Liegen zugestellten Raumes, die aus nichts als blanken Stahlfedern und Pappkarton bestehen, fügt er hinzu: „Das Einzige, was ich bereue, ist, dass ich mich in der Schule nicht mehr angestrengt habe. Ich kam in diese Fabrik, weil es der einzige Ausweg für mich war.“

Wo bleibt die „Internationale Arbeitersolidarität“?

Zhang Feifei und Yu Di scheinen also wenig Gelegenheit zu haben, ihr Golf-Handicap zu verbessern - ebenso wie die entlassenen AEG-Mitarbeiter(innen) in Nürnberg, trotz nun reichlich vorhandener Freizeit. Was bringt diesen Menschen die „Regionalpartnerschaft“? Und umgekehrt: Wie glaubwürdig sind publikumswirksame Proteste gegen den Stellenabbau in

Nürnberg, wenn durch offizielle Kontakte dem Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem, auf dem hier die Globalisierung der Produktion beruht, der moralische Ablass erteilt wird? Nicht in seinen wildesten Träumen dürfte es jemand aus der mittelfränkischen Politik oder gar Wirtschaft einfallen, die im Artikel beschriebenen Slums im Schatten der auf der städtischen Website besungenen „dicht an dicht stehenden Wolkenkratzer“ zu besuchen und mit den Bewohner(inne)n über ihre Probleme zu reden - die unmittelbar in einem kausalen Zusammenhang mit dem stehen, was in unserem Land ökonomisch, politisch und sozial geschieht. Eine angesichts des real existierenden post-postmodernen Hochkapitalismus wahnwitzige Idee drängt sich auf: Statt Austausch von Adabei-Delegationen ein deutsch-chinesischer Kongress der Verlierer(innen) der Globalisierung in der (ohnehin unterbelegten) Meistersingerhalle - und eine angemessene Medienberichterstattung darüber.

Inhalt einer Partnerschaft im Interesse der Menschen in beiden Regionen muss gerade in dieser sensiblen Konstellation und gerade für die „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ die Verwirklichung der bereits zitierten „bürgerlich-politischen und [...] wirtschaftlich-sozialen Rechte“ sein, die „untrennbar miteinander verbunden“ sind. Der Konflikt mit den Zielen der Wirtschaft ist dabei vorprogrammiert - wer in diesem Zusammenhang immer noch das zynische Lügenmantra von der Arbeitsplatzsicherung betet, gewinnt einen dreimonatigen Urlaub in einem der beschriebenen Sweatshops inklusive Kost, Logis und Ungeziefer. Bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung sollte aber das durch und durch marktwirtschaftliche Prinzip „Wer zahlt, schafft an“ gelten, und sei es nur mit der Reputation einer demokratisch verfassten Kommune, die andere als Vehikel für ihre Geschäftsinteressen benutzen wollen.

Die offene Einflussnahme des Kapitals auf die Politik zeigte zuletzt der Aufstand, den deutsche Unternehmen und ihre Interessensvertretungen nach dem Empfang des Dalai Lamas durch die Bundeskanzlerin im September 2007 veranstalteten. Schließlich gilt es, die Mächtigen in China nicht zu vergrätzen, denn u.a. stehen Aufträge für eine Pipeline (Volumen: 150 Millionen Euro) und den Ausbau des Transrapidnetzes in Shanghai auf dem Spiel, Continental und Daimler wollen mit einheimischen Konzernen Joint Ventures im großen Stil eingehen (s. „Broken pottery“, in: „The Economist“, 15.12.2007, S. 62 f.). Es fragt sich allerdings, wessen Verlust es wäre, wenn wegen solcher Unbotmäßigkeit Firmen aus Ländern mit skrupelloseren Regierungen in diese Bresche springen würden.

Dimensionen der Ausbeutung

Das britische Wochenblatt „The Economist“, als Gegner der freien Marktwirtschaft ebenso unverdächtig wie „The International Herald Tribune“, berichtet auch über die Arbeits- und

Lohnverhältnisse in China, die unweigerlich an die Romane Charles Dickens' erinnern, etwa in seiner Ausgabe vom 5. Mai 2007 (Buchbesprechung „The tale of Barbie and Li Mei“, S. 86):

Eine in China hergestellte Barbiepuppe wird in Amerika für 9,99 Dollar verkauft - wovon 35 Cent der Fabrik zufließen, einschließlich der Lohnkosten. Ein elektrisches Spielzeug, das für 44,99 US-Dollar verkauft wird, schlägt mit 81 Cent Arbeitskosten zu Buche.

Obwohl die chinesischen Gesetze für Fließbandarbeiter eine 53-Stunden-Woche fordern, sind 80 Stunden üblich. Arbeitskräfte unterschreiben Verträge, die sie nicht verstehen und die Zahlungen für Verpflegung, Unterbringung in firmeneigenen Heimen, Gebühren für Gesundheitsleistungen und Geldstrafen für zu geringe Arbeitsleistung vorsehen. Wenn ausländische Kontrolleure die Fabriken besuchen, werden diese auf Hochglanz gebracht und zu junge Arbeitskräfte versteckt oder weggeschickt. Gehaltsabrechnungen werden ebenso gefälscht wie Arbeitszeitkarten und den Mitarbeitern werden die richtigen Antworten auf mögliche Fragen eingebläut.

Diese mit westlichen Investitionen am Laufen gehaltene Ausbeutungsmaschinerie, die es z.B. General Motors erlaubt die Lohnkosten eines im Rahmen eines Joint Ventures in China gefertigten und dort für 3500 US-Dollar Einstiegspreis verkauften Automodells auf 100 US-Dollar (!!!) zu drücken (s. „Rising in the East“, in: „The Economist“, 28.04.2007, S. 71 f.), hat für die Betroffenen nicht zuletzt verheerende gesundheitliche Folgen: Die Vereinten Nationen schätzen, dass Luftverschmutzung jährlich den vorzeitigen Tod von 400.000 Menschen in China verursacht - wobei bislang nur 1 % der Chinesen ein Auto besitzt. Auch in diesem Zusammenhang erscheint explizit die Stadt Shenzhen als abschreckendes Beispiel, „dessen exorbitantes Wirtschaftswachstum teilweise auf der Missachtung der Umwelt gründete“ (s. „Thronged, creaking and filthy“, in: „The Economist“, 05.05.2007, S. 12 ff.).

Wieder stellt sich die Frage, wessen „Partner“ wir sind, die der dafür verantwortlichen chinesischen Unternehmer, Politiker, Beamten und ihrer Finanziers im Westen, oder der Menschen, die dort um ihr tägliches Überleben und ihre Rechte kämpfen müssen? Wer von „Kinderkrankheiten des Kapitalismus“ spricht, sollte an die diesen Text einleitende, Warnung denken, dass „sich eine Gesellschaft nur dann friedlich und erfolgreich entwickeln [kann]“, wenn sie dem Zusammenhang zwischen politischen und sozialen Menschenrechten „Rechnung trägt und alle Anstrengungen unternimmt, um jedem Einzelnen beide Rechte zu gewähren“.

Aber warum soll man sich eigentlich in der fränkischen Provinz einen Kopf über Menschenrechte in China machen, wenn Peking als Austragungsort der nächsten Olympischen Spiele ausgewählt wurde? Vielleicht weil man im Gegensatz zum IOC tatsächlich aus der eigenen Geschichte gelernt hat.

Weitere Internet-Quellen zur Situation in China und speziell Shenzhen

<http://www.tagesschau.de/ausland/meldung213820.html>

Alltag in chinesischen Fabriken - Im Akkord zur Ausbeutung. Im Wirtschaftswunderland China bröckelt die Fassade. Unter dem Zwang, sich der Dynamik des Weltmarktes zu unterwerfen, leidet vor allem die Bevölkerung. ARD-Korrespondent Christian Gräff hatte die seltene Möglichkeit, einen Blick in eine chinesische Spielwarenfabrik zu werfen, die für europäische Firmen produziert.

<http://www.spiegel.de/dertag/pda/avantgo/artikel/0,1958,488099,00.html>

Wanderarbeiter in China: Schuften für den Boom der anderen. Sie bauen glitzernde Wolkenkratzer, setzen PCs und Spielzeug für die ganze Welt zusammen - und schufteten oft wie Sklaven: In China wird ein Heer von 200 Millionen Wanderarbeitern für den Boom verheizt.

http://de.wikipedia.org/wiki/Platz_des_himmlischen_Friedens

Zum Tian'anmen-Massaker am 04.06.1989.

Die Zitate über die Regionalpartnerschaft stammen von der Internetseite

<http://www.partnerstaedte.nuernberg.de/ver2003/deutsch/index.html>

[Index*](#)

[Home*](#)